Gegründet 1877 — Gegründet 1877

Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen"

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Anzeigenpreise: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 12 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konkursen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. | Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatlich 1.56 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postscheck-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt" / Telef. 11.

Nummer 211 | Altensteig, Mittwoch den 10. September 1930 | 53. Jahrgang

Geteilte Meinungen in Genf

Die Besprechung über die europäische Union

Genf, 8. Sept. Die Besprechung über die europäischen Einigungsbestrebungen, die auf Einladung der französischen Regierung unter Teilnahme von Vertretern von 27 europäischen Staaten im Gebäude des Völkerbundssekretariats stattfand, war am Montag um 7.30 Uhr zu Ende. Von den teilnehmenden Staaten waren drei durch ihre Ministerpräsidenten vertreten, nämlich Oesterreich, Griechenland und Lettland. Folgende Staaten hatten ihre Außenminister entsandt: Deutschland, Belgien, England, Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Italien, Norwegen, Holland, Polen, Schweden, die Schweiz, die Tschechoslowakei und Jugoslawien. Der französische Außenminister **Briand** erläuterte anhand des der Konferenz vorgelegten Weißbuches die auf das Memorandum der französischen Regierung eingegangenen Antworten und legte die Gesichtspunkte für die weitere Behandlung der Frage dar. An die Ausführungen Briands schloß sich eine eingehende **Diskussion** an, in der der englische Außenminister **Henderson** verschiedene von der französischen Auffassung abweichende Gesichtspunkte hervorhob. Zum Schluß wurde eine **Entschließung angenommen, worin die weitere Behandlung der Frage der Vollversammlung des Völkerbundes überwiesen wird.** Die wesentlichen Sätze der Entschließung lauten:

Die Vertreter der europäischen Regierungen nehmen Kenntnis von dem Ergebnis der Umfrage zur Schaffung einer europäischen Union. Sie sind überzeugt, daß eine enge Zusammenarbeit der europäischen Völker auf allen Gebieten des internationalen Lebens für die Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt von grundlegender Bedeutung ist. Sie sind einmütig in der Auffassung, daß diese Zusammenarbeit im Rahmen des Völkerbundes und im Geiste der Grundsätze des Völkerbundpaktes erfolgen soll. Der französische Außenminister Briand wird der Vollversammlung diese Entschließung unterbreiten.

•

Erklärungen des Reichsaußenministers zu Paneuropa

Genf, 8. Sept. Reichsaußenminister Dr. Curtius empfing die Vertreter der Weltpresse. Er betonte, daß die deutsche Regierung von Anfang an eine positive Stellung zu dem Gedanken einer europäischen Föderation eingenommen habe, und daß ihre kontinuierlich befolgte Politik der internationalen Zusammenarbeit und der Förderung des Friedens von jeder Regierung weiterfortgesetzt werden müsse. Es sei das **Verdienst Briands,** den Europagedanken aus der Sphäre der privaten Propaganda in den Bereich verantwortlicher Regierungsverhandlungen erhoben zu haben. Damit sei der Weg einer zwar langsamen, aber organischen Entwicklung vorgezeichnet, wie sie zum Gelingen des Planes notwendig sei. Das Projekt werde voraussichtlich zunächst in der Vollversammlung und sodann im politischen und im wirtschaftlichen Ausschuß eingehend beraten und einem Studienkomitee überwiesen werden, sodaß man sich voraussichtlich im nächsten Jahre aufs Neue mit der Frage beschäftigen werde.

•

Henderson über die internationalen Probleme

Genf, 9. September. Der britische Außenminister Henderson empfing heute nachmittag hier die Vertreter der Weltpresse, um ihnen über die Haltung der englischen Regierung zu einigen im Vordergrunde der Erörterung stehenden internationalen Fragen Mitteilungen zu machen. Vor allem waren es die Fragen der europäischen Union, des Zollwaffenstillstandes und der Verbindung von Flottenpakt und Völkerbundssatzung, die der britische Staatsmann eingehend berührte. Zum Schluß ging Henderson auf die Abrüstungsfrage ein und erklärte, daß die britische Regierung an dem Gelingen der französisch-italienischen Besprechungen über die Abrüstung zur See großes Interesse habe und ihre guten Dienste gern zur Verfügung stelle. Er sprach die Hoffnung aus, daß noch vor Schluß der Völkerbundsversammlung sich eine Zusammenkunft der Teilnehmer des Londoner Flottenpaktes ermöglichen werde und daß aus dieser Klarheit über den jetzigen Zustand der Seeabrüstungsfrage geschaffen werde. Diese Klarheit sei im Hinblick auf die bevorstehende neue Tagung des Vorbereitungsausschusses eine Notwendigkeit. Bei der großen Bedeutung, die der Abrüstung zur See zukomme, sei zu hoffen, daß schon während der Völkerbundsversammlung entscheidende Worte gesprochen werden.

Die Dienstagsitzung des Völkerbundsrats

Das bedrohte frühere Deutsch-Ostafrika

Genf, 9. Sept. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Völkerbundsrates stehen zwei **Danziger Fragen,** einige **Beschwerden der deutschen Minderheit in Oberschlesien** und die **Frage des Bahnschutzes im Saargebiet.** Zunächst nahm der Rat den Bericht des finnischen Außenministers Procope über die ordentliche Sitzung der Mandatskommission im Juli dieses Jahres entgegen. Der Berichterstatter ging in diesem Zusammenhang kurz auf den bekannten englischen Plan einer engeren **Verbindung des Tanganjika-Gebietes mit den benachbarten englischen Territorien** von Kenya und Uganda ein. Die englische Regierung habe in dem Weißbuch, das über diese Absicht Aufschluß gab, der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Mandatskommission in der Lage sein werde, zu dieser Frage auf ihrer Tagesordnung im Oktober Stellung zu nehmen. Sie habe sich verpflichtet, vor einer endgültigen Entscheidung sich mit der Mandatskommission ins Benehmen zu setzen. **Der Rat nahm den Bericht an. Vorher gab der Reichsaußenminister Dr. Curtius eine kurze Erklärung ab, in der er betonte, daß die deutsche Regierung sich vorbehalten müsse, auf Einzelheiten des Berichts namentlich auf die Tanganjika-Frage, bei späterer Gelegenheit zurückzukommen.**

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Völkerbundsrates erstattete **Briand** über die Arbeiten der internationalen Kommission für geistige Zusammenarbeit einen Bericht, worin die Schaffung eines viermal jährlich tagenden Exekutivkomitees dieser Kommission beantragt wurde, dem u. a. der Generaldirektor der preußischen Staatsbibliothek, Dr. Krüß, angehören soll.

Die im Sommer dieses Jahres vom Volkstag und Senat in **Danzig** beschlossene **Verfassungsänderung,** über die **Henderson** berichtete, wurde vom Völkerbundsrat genehmigt, ferner der gleichfalls von Henderson erstattete Bericht über das Gutachten des Haager Internationalen Gerichtshofes betreffend den **Beitritt Danzigs zur internationalen Arbeitsorganisation.** Sodann beschloß der Rat, der Völkerbundsversammlung die Schaffung eines **internationalen Flüchtlingsamtes** vorzuschlagen, das die bisher von Nansen als Oberkommissar des Völkerbundes für die Flüchtlingsfürsorge geleistete humanitäre Arbeit fortsetzen soll. — Die **Petition des Deutschen Volksbundes** wegen Nichterneuerung der Dienstverträge von 32 Aerzten durch die Leitung der polnischen Knappschaftskasse in Tarnowitz wurde für erledigt erklärt, weil die polnische Regierung das Gutachten des Vorsitzenden der Gemischten Kommission für Oberschlesien angenommen hat. Reichsaußenminister Dr. **Curtius** bemerkte hierzu, daß trotzdem zu berücksichtigen sei, daß das **Schicksal der betroffenen Aerzte** bis zur praktischen Durchführung des Gutachtens ungewiß bleibe und sprach die Hoffnung aus, daß die Durchführung nicht lange auf sich warten lasse. Der polnische Außenminister **Zaleski** sagte zu, daß die polnische Regierung alles in ihrem Bereich Liegende zur Durchführung des Gutachtens tun werde. Auch die **Beschwerden des Deutschen Volksbundes** wegen Verweigerung der Erlaubnis der Prozeßführung für den Minderheitsangehörigen Rechtskonsulenten Otto Ochmann vom Kreisgericht in Lublinitz wurde für erledigt erklärt, nachdem diese Erlaubnis nunmehr erteilt worden ist. Dr. **Curtius** betonte, daß Ochmann auf die Berücksichtigung seiner Beschwerde **zweieinhalb Jahre warten mußte** und sprach die Hoffnung aus, daß der ihm dadurch erwachsene große wirtschaftliche Schaden vergütet werde. **Zaleski** behielt sich eine Prüfung dieser Seite der Angelegenheit vor. Eine weitere Beschwerde wegen **Nichtzulassung von 60 Kindern,** die seinerzeit auf Grund der Maurerschen Prüfungen in die polnischen Schulen umgeschult worden waren, wurde der Ratstagung der zweiten Septemberhälfte überwiesen.

Zur Frage der Formalitäten bei der **Einschreibung für die Minderheitenschulen** legte der Berichterstatter dar, daß nach der Genfer Konvention das Verlangen um Einschreibung für die Minderheitenschule von dem Erziehungsberechtigten nicht persönlich vorzubringen sei. Es sei nichts dagegen einzuwenden, wenn bei schriftlichen Anmeldungen die Unterschriften nachgeprüft würden.

Dieser Bericht, in dem zum Schluß festgestellt wird, daß durch das Entgegenkommen der polnischen Regierung **eine Einigung erzielt worden sei, wurde ohne Aussprache angenommen.** Abgesehen von der vertagten Frage betreffend die Rechtslage der seinerzeit durch die Maurerschen Sprachprüfungen zurückgewiesenen Kinder wurde in allen Fragen eine **Erfüllung der deutschen Forderungen erreicht.**

Ohne Aussprache wurde sodann der Bericht über die Ergänzungen zum Statut des Haager Gerichtshofes angenommen.

Die Bahnschutzfrage an der Saar

Zum Schluß behandelte der Rat die **Frage des Bahnschutzes im Saargebiet,** zu der der italienische Außenminister **Grandi** den Bericht erstattete. Der Rat nahm den Antrag des Berichterstatters an, **die Frage auf einer der nächsten Sitzungen des Rates während der jetzigen Völkerbundstagung zu vertagen.** Inzwischen wird auf Vorschlag des französischen Außenministers Briand eine Kommission, bestehend aus dem französischen Außenminister, dem deutschen Außenminister, dem Generalsekretär des Völkerbundes und dem Berichterstatter, zusammentreten, um verschiedene Fragen zu klären. Dr. **Curtius** erklärte sich mit diesem Verfahren einverstanden und gab der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß der Rat den Beschluß auf **sofortige restlose Zurückziehung des Bahnschutzes fassen werde.**

Briand betonte in der kurzen Erwiderung, daß die Angelegenheit beschleunigt behandelt werden solle. Er gebe zu, daß durch die Räumung des Rheinlandes auch für den Bahnschutz ein neues Faktum geschaffen worden sei. Dieser Tatsache sei durch die Verminderung der Bahnschutzkräfte vom 31. August Rechnung getragen worden. Der Bahnschutz habe aber auch noch die Aufgabe, für die **Sicherheit des Eisenbahnverkehrs zu sorgen.** Er erklärte nachdrücklich, daß Frankreich kein Interesse habe, unter irgend einem Vorwand noch Soldaten im Saargebiet zu behalten. **Dr. Curtius stellte nochmals fest, daß die von Briand vorgetragene Auffassung über den Charakter des Bahnschutzes mit der Ansicht der deutschen Regierung nicht übereinstimme.** Im Anschluß daran wurde der Antrag Grandi angenommen, die Frage auf eine der nächsten Sitzungen des Rates zu **vertagen.**

Ein amerikanisches Dementi

Die Vereinigten Staaten gegen Ermäßigung der alliierten Schulden

Washington, 9. Sept. Als vollkommen aus der Luft gegriffen wird von hiesiger zuständiger Stelle die Meldung bezeichnet, **daß in London angeblich eine deutsche Demarche zu dem Zwecke erfolgt sei, die Kriegsschulden der Alliierten an Amerika unter Hinweis auf die Möglichkeit zu reduzieren, die deutschen Reparationszahlungen könnten ausbleiben und daß diese Anregung von einer prominenten britischen Persönlichkeit an die amerikanische Regierung weitergeleitet worden sei.** Man hält hier an dem Standpunkt fest, daß die Kriegsschulden von den Reparationen zu trennen seien und betrachtet das Reparationsproblem ausschließlich als ein Problem der Alliierten.

Washington, 9. Sept. Die Meldung, **Deutschland habe bei der amerikanischen Regierung einen Schritt unternommen, damit die alliierten Kriegsschulden ermäßigt und infolgedessen automatisch auch die deutschen Reparationsleistungen herabgesetzt werden, wird jetzt auch vom Schatzamt als unzutreffend bezeichnet.**

Ein Appell an die ev. Wählerschaft

ev. — 10 große evangelische Spitzenverbände, die Millionen evangelische Wahlberechtigte umfassen, richten soeben an die evangelische Wählerschaft aller Parteien den folgenden Aufruf:

„Evangelische Wähler und Wählerinnen! Die Partei der Nichtwähler wird immer größer. Die fortdauernden parteipolitischen Kämpfe nehmen vielen das Interesse an der Entwicklung unseres staatlichen und nationalen Lebens. Sie wollen von Parlament und Parteien nichts mehr wissen. Für evangelische Christen gibt es **keine Wahlmüdigkeit!** Wir evangelischen Christen erkennen den Staat als eine Gottesordnung mit eigenem Aufgabenkreis an. Daraus ergibt sich für uns die sittliche Verpflichtung, nach Kräften dabei mitzuhelfen, daß im öffentlichen und staatlichen Leben christlicher Geist und damit soziale Gesinnung herrscht. Zu dieser sittlichen Verpflichtung gehört die Ausübung des Wahlrechts.

Die Zahl der Parteien, die am 14. September um die Stimmen der Wähler werben, ist erschreckend groß. Welcher Partei soll man die Stimme geben? Parteiprogramme und Wahlaufrufe sollen die Entscheidung erleichtern. In jedem Falle aber muß ausschlaggebend bleiben, ob hinter den programmatischen Versprechungen auf den Kandidatenlisten bewußt evangelische Männer und Frauen stehen. Sie müssen willens sein und die Kräfte haben, die angekündigten Versprechungen einzuhalten.

Wir brauchen im kommenden Reichstag nicht nur Männer und Frauen, die sich evangelisch nennen, sondern die das Leben der evangelischen Kirche teilen und kennen und daher ernsthaft gewillt und befähigt sind, die aus evangelischen Ueberzeugungen sich ergebenden kulturellen und sittlichen Forderungen im Reichstag mit Nachdruck zu vertreten".

Evangelischer Reichsausschuß für kommunale Arbeit; Zentralausschuß für Innere Mission; Evang. Bund; Evang. Frauenhilfe; Kirchlich-sozialer Bund; Reichsverband evang. Arbeitnehmerverbände; Reichsverband Evang. Eltern- und Volksbünde (Reichselternbund); Reichsverband der evang. Jungmännerbünde Deutschlands und verwandter Bestrebungen; Verband Deutscher Evang. Lehrer- und Lehrerinnenvereine; Vereinigung Evang. Frauenverbände Deutschlands.

Warnung vor Verwechslung

Es wird uns geschrieben:

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte der Christlich-Soziale Volksdienst eine Warnung vor der „Splitter"gruppe der Christlich-Sozialen Reichspartei „des Herrn Vitus Heller", die trotz mehrfacher Versuche bisher keinen Abgeordneten durchgebracht habe. Es sei hiezu festgestellt, daß der Volksdienst ebenfalls noch nicht im Reichstag vertreten war und daß es ihm auf Grund seiner in Landtagswahlen erzielten Stimmenzahlen ebenfalls nirgends gelingen dürfte, im einzelnen Wahlkreis ohne Verbindung einen Abgeordneten zu gewinnen. Unwahr ist, daß die Christlich-Soziale Reichspartei eine katholische Gruppe sei. Sie umfaßt Christen aus katholischen und evangelischen Kreisen, Christen allerdings, denen es um ihr Christentum, um ein Christentum der Tat, nicht der Worte, ernst, sehr ernst ist. Das andere in schöne Worte kleiden, daß sie die konfessionelle Hetze, die unser armes Volk noch weiter zerreißt, ablehnt und über alle Konfessionen das wahre Tat-Christentum setzen will. Ihre Verbindung mit der Volksrecht-Partei sichert den beiden verbündeten Parteien den Erfolg. Es ist immerhin merkwürdig, daß eine „christliche" Partei vor einer anderen christlichen Bewegung warnen zu müssen glaubt. Es erscheint fast, als ob der Stimmenfang wichtiger ist als der Durchbruch der christlichen Idee.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Gegenrevolution in Argentinien?

Neuyork, 9. Sept. Die Associated Preß teilt mit, daß sie am Abend aus Bue[illegible] Aires in rascher Folge mehrere kurze Te[illegible]mme erhalten [illegible], nach denen die argentinische Flotte das Regierungsgebäu[illegible] Buenos Aires beschossen habe. Telegramme mit näheren Einzelheiten seien nicht mehr eingetroffen, was offenbar auf die Verhängung der Zensur infolge einer Gegenrevolution schließen lasse.

„Herald Tribune" berichtet ebenfalls über den Ausbruch einer Gegenrevolution in Argentinien. Anscheinend haben sich erneut Straßenkämpfe abgespielt, wobei außer der Flotte auch Kavallerie und Infanterie gegen die neue Regierung vorgegangen sein sollen.

Die Opfer der Straßenkämpfe

Neuyork, 9. Sept. „Neuyork Times" meldet aus Buenos Aires, bei den gestrigen Straßenkämpfen seien mindestens **20 Personen getötet und 200 verletzt worden.** In verschiedenen Teilen der Stadt seien Gebäude in Brand gesetzt worden.

Außerordentliche Maßnahmen in Buenos Aires

Neuyork, 9. Sept. Wie „Neuyork Times" aus Buenos Aires erfährt, ist heute morgen der Befehl ergangen, **Irigoyen**, der in den 25 Meilen entfernten La Palata-Baracken krank darniederliegt, **wieder zu verhaften und ihn unverzüglich hier in das Polizeipräsidium zu bringen.** Nach einer Meldung der Associated Preß aus Buenos Aires hat das Ministerium des Innern heute befohlen, daß **alle Senatoren und Abgeordneten, die während der Amtszeit Irigoyens Minister waren, verhaftet werden.** Außerdem hat das Ministerium des Innern heute vormittag bekanntgegeben, daß im Hinblick auf die Störungen der Ordnung durch bewaffnete Bürger und die Notwendigkeit, die Ordnung wiederherzustellen, sowie Leben und Eigentum zu sichern, jede Person, die öffentlich Waffen trägt, vor ein Kriegsgericht gestellt werden wird.

*

Die blutigen Straßenkämpfe in Buenos Aires infolge eines Mißverständnisses

Neuyork, 9. Sept. Associated Preß erfährt telephonisch aus Buenos Aires, daß die Straßenkämpfe der vergangenen Nacht einem tragischen Irrtum zuzuschreiben waren. Die ganze Bevölkerung war von einer Panik erfaßt, die durch das falsche **Gerücht von einem gegenrevolutionären Angriff** auf das Postamt hervorgerufen wurden. Die dort aufgestellte Wache sah sich durch das Gerücht veranlaßt, die Straßenlaternen in der Umgegend auszuschießen, um die Verteidigung zu erleichtern. Diese Schüsse wurden von der Wache des benachbarten Regierungsgebäudes für einen gegenrevolutionären Angriff gehalten. Sie eröffnete infolgedessen **mit Maschinengewehren und Artillerie das Feuer gegen das Postamt,** alarmierte die Zivilisten und bewaffnete sie schleunigst zur Bekämpfung der angeblichen Gegenrevolution. In allen Stadtteilen kam es in der Folge zu **Schießereien. Die Menge stürmte und plünderte die Waffenarsenale, um sich in den Besitz von Waffen zu setzen.** Als sich das Gerücht verbreitete, daß sich die im Hafen liegenden Kriegsschiffe der Gegenrevolution angeschlossen hätten, begann die **Artillerie, den Hafen zu beschießen.** Ein Zerstörer wurde von einer Granate getroffen. Erst nach vielen Stunden gelang es, die Ruhe wieder herzustellen. 15 Personen sollen wegen Plünderns standrechtlich erschossen werden. Vier Postbeamte sollen bereits hingerichtet sein, da sie die Verteidigung des Postamts meuchlings beschossen.

Neues vom Tage

Dänischer Boykott des deutschen Handels

Kopenhagen, 9. September. Die vereinigten Elektrizitätswerke von Südwestjütland haben ein Angebot auf Lieferung eines Generators, das von einer deutschen Firma eingereicht war, mit der Begründung abgelehnt, daß Dänemark gegen die deutsche Handelspolitik, weil sie auf eine Schädigung des dänischen Wirtschaftslebens hinauslaufe, sich wehren müsse. Dieser Fall scheint das Vorspiel zu einem Boykott zu sein, der dnischerseits gegen deutsche Waren verhängt werden soll. Gleichzeitig trifft die Nachricht ein, daß der südjütische Meiereiverein in Kolding eine Entschließung gefaßt habe, in der er die gemeinsame Organisation der Meiereien und den Landwirtschaftsrat dazu auffordert, einen allgemeinen Boykott gegen deutsche Waren zu organisieren.

Verschlungen bei der Gothaer Stadtkasse
Zwei Beamte begehen Selbstmord

Gotha, 9. Sept. In der Nacht zum Freitag hat, wie erst jetzt verlautet, der Stadtobersekretär Hugo **Schmidt**, der der Nationalsozialistischen Fraktion des Gothaer Stadtrates angehörte, seinem Leben durch Vergiftung ein Ende gemacht. Gestern vormittag erschoß sich ein weiterer Beamter der Stadthauptkasse, der Stadtsekretär **Mänz**. Beide Beamte sowie ein Angestellter, der sich zurzeit krank gemeldet hat, haben von der Kasse **insgesamt 4500 RM. Vorschüsse zu Unrecht in Anspruch genommen.** Bei einer Revision wurde ferner festgestellt, daß Gehälter falsch berechnet und ausgezahlt worden sind. Die Unregelmäßigkeiten sollen in erster Linie dem Stadtobersekretär Schmidt zur Last fallen. Sie gehen bis in das Jahr 1926 zurück.

Verzweifelte Lage in San Domingo

Die Lage in San Domingo wird immer verzweifelter, da in der Stadt eine schwere Malaria- und Typhus-Epidemie ausgebrochen ist. Zahllose Leichen befinden sich noch unter den Trümmern der eingestürzten Häuser. Die Luft ist durch starken Verwesungsgeruch verpestet. **Die Zahl der Toten wird jetzt mit etwa 5000 angegeben.** Infolge von Mangel an Lebensmitteln sind **Hungerunruhen** ausgebrochen. Die Mehrzahl der Bevölkerung hat seit dem letzten Mittwoch nichts mehr zu essen gehabt. Etwa 100 Personen versuchten, die Werft zu stürmen und sich der dort ausgeladenen Lebensmittel und Vorräte zu bemächtigen. Sie wurden indessen von der Nationalgarde zurückgetrieben. Während der Unruhen waren die amerikanischen Marinesoldaten alarmbereit.

„Graf Zeppelin" nach Moskau gestartet

Friedrichshafen, 9. Sept. Das Luftschiff „Graf Zeppelin ist Dienstag vormittag 8 Uhr zu einer Landungsfahrt nach Moskau aufgestiegen. Die Führung hat Dr. Eckener übernommen. An Bord befinden sich 20 Fahrgäste, von denen 16 die Rückreise nach Friedrichshafen wieder mitmachen. Ein genauer Weg konnte wegen des unbeständigen Wetters nicht angegeben werden.

Einsetzung der chinesischen Nordregierung

Peiping, 9. Sept. Die von Nanking unabhängige chinesische Nordregierung ist heute vormittag offiziell gebildet worden. General **Yenhsischan** leistete unter feierlichen Zeremonien den Eid als **Staatspräsident.** Im ganzen Gebiet, das die Nordregierung anerkennt, wurde der heutige Tag als Feiertag begangen.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 10. September 1930.

Amtliches. Ernannt wurde Verwaltungspraktikant Ludwig Geiger beim Oberamt Freudenstadt zum Obersekretär beim Oberamt Geislingen.

Frauenvortrag. Am Donnerstag, den 11. September, abends 8 Uhr spricht im Saale des Gasthofes zum „Gold. Sternen" Herr Tadsen, vom Aufbau des menschlichen Körpers und gibt Aufklärung über die entstehenden Frauenkrankheiten, deren Bekämpfung und Vorbeugung. Klärt auch über die schweren Folgen vernachlässigter Krankheiten auf. Er schildert: „Die Mutter als alleinige Trägerin des Familien- und Volksglücks". Ihre Pflichten und Leiden vom Kind bis ins hohe Alter. Wie erkennen wir die Krankheitserscheinungen? Wann müssen wir sofort zum Arzt? Was spendet die billige Natur an vorbeugenden Hilfsmitteln? (Siehe auch Inserat in heutiger Ausgabe).

Von der Volksrechtspartei wird uns mitgeteilt, daß es in dem Bericht über die Wahlversammlung in Altensteig, wo es sich darum handelte, woher man die Mittel zur Aufwertung nehmen solle, nicht heißen solle durch Höherbesteuerung des Grundbesitzes, sondern Groß besitzes, was natürlich ein wesentlicher Unterschied ist.

= **Calw**, 9. September. In den Waldorten ist nun die Oehmdernte eingebracht worden. Heuer hat sich der spätere Beginn des Oehmdens gelohnt. Während in den Gäuorten die Oehmdarbeit vierzehn Tage früher begann und dadurch das Einbringen des Oehmdes durch schlechtes Wetter sehr erschwert wurde, ist in den Waldorten ein vorzügliches, trockenes Oehmd in die Scheuern eingeführt worden. Wer in diesem Jahr mit dem zweiten Schnitt nicht zu früh anfing und warten konnte, hat diesmal in wenigen Tagen seine Wiesen mühelos abernten können und ein sehr gutes Futter eingeheimst. Für das Vieh ist nun reichlich gesorgt, da ja auch die Heuernte sehr gut ausgefallen ist. — Mit der Kartoffelernte ist in einigen Gäuorten begonnen worden, obgleich die Kartoffeln noch nicht ganz reif sind; manche Gemeinden warten daher mit der Ernte noch einige Zeit. Auf dem letzten Wochenmarkt waren aus einem bekannten Kartoffelort des Gäues eine große Zahl von Säcken Kartoffeln zugeführt, der Ztr. zu 5 Mk.

Gechingen OA. Calw, 9. Sept. (Brand durch Blitzschlag.) Bei den heftigen Gewittern am Samstag nacht schlug ein kalter Blitzschlag in den Giebel des Anwesens von Bäcker Fritz Mörk. Haus und elektrische Leitung haben Schaden erlitten. Schlimmer wüteten die Unwetter im benachbarten **Dachtel.** Hier fuhr ein Blitz in die Scheuer des unlängst verstorbenen Metzgermeisters J. Eisenhardt und zündete, so daß Scheuer und Stallung dem Feuer zum Opfer fielen. Als besonderes Glück ist es zu bezeichnen, daß die noch in der Scheuer weilenden Hopfenpflücker mit dem bloßen Schrecken davongekommen sind.

*

Freudenstadt, 9. September. (Geflügeldiebstahl.) In der Nacht zum 4. September 1930 sind einem hiesigen Geflügelhalter aus seinem eingefriedigten Besitztum im Gewand „Hochgerichtsäcker" beim neuen Friedhof 16 Stück drei bis vier Monate alte, halbgewachsene, schwarze Minorkahühner gestohlen worden. Nach den vorliegenden Umständen scheint der Täter die Hühner in lebendem Zustand mitgenommen zu haben.

Stuttgart, 9. Sept. (Wahlpropaganda durch Flugzeuge.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Von seiten einer Partei ist der Antrag gestellt worden, aus Flugzeugen über württembergischen Städten und Ortschaften Wahlflugblätter abwerfen zu dürfen. Das Wirtschaftsministerium hat im Einvernehmen mit dem Innenministerium die nachgesuchte Erlaubnis aus grundsätzlichen Erwägungen nicht erteilt und das Württ. Landeskriminalpolizeiamt als zuständige Luftpolizeibehörde mit entsprechenden Weisungen versehen.

Stiftung. **Unter den Glücklichen, denen Fortuna einen Hauptgewinn der Südd. Klassenlotterie mit 200 000 RM. in den Schoß warf, befindet sich auch Hauptlehrer Knauer in Neckargartach. In vorbildlicher Weise hat derselbe sofort 5000 RM. der Kriegshinterbliebenenfürsorge überwiesen.**

Eßlingen, 9. Sept. (Der Kernenturm durch Blitzschlag beschädigt.) Der Kernenturm ist in der schweren Gewitternacht vom Samstag auf Sonntag durch einen Blitzstrahl stark beschädigt worden, so daß er vom Schwäb. Albverein bis auf weiteres gesperrt werden mußte.

Herlikofen OA. Gmünd, 9. Sept. (Tödlicher Sturz.) Am Montag nachmittag wurde der 25 Jahre alte Paul Hirner in der Scheuer bewußtlos mit schweren inneren und äußeren Verletzungen aufgefunden. Anscheinend ist er bei der Arbeit im Oberling von der Leiter abgestürzt. Der Verunglückte ist heute nacht seinen Verletzungen erlegen.

Ruth

Roman von Carlyle-Weißenthurn
Copyright by Marie Brügmann, München 19

(26. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Die Tragödie, die Anna Vanoff ihr offenbarte, hatte sie alles andere vergessen lassen. Sie hatte ein- oder zweimal von dem Fall Limmer gehört, aber an die Einzelheiten vermochte sie sich nicht zu erinnern. Eines wußte sie sicher: Anna hatte gelitten, sie hatte Erniedrigungen und Schande ertragen; aber sie hatte all das nicht verdient. Jeder Zweifel war durch Annas leidenschaftlichen Ausruf: „Bei Gott, ich habe es nicht getan!" von ihr genommen. Ruth wäre am liebsten bei ihr geblieben und blieb auch so lange, bis die Dienerin mit der Mitteilung eintrat, Groth habe angerufen, daß er sofort kommen würde.

Anna war ganz aus der Fassung gebracht. Sie befaßte sich jetzt im Geiste nicht mehr mit dem Mädchen, das bei ihr weilte, sondern mit dem Manne, dessen Kommen sie erwartete, mit dem Manne, dem sie ihre Geschichte erzählen mußte, bevor Friede und Ruhe in ihr Herz einziehen konnten.

Groth war sofort auf Anna Vanoff zugetreten. Bevor er noch ein Wort sprechen konnte, sagte sie:

„Warten Sie, bevor Sie irgend etwas sagen. Lassen Sie mich in meiner Art Ihnen auseinandersetzen, was all diese Jahre gewesen. Gott weiß, ob Sie mir glauben werden, aber wenigstens ist es mein gutes Recht, daß Sie mich anhören."

Anna Vanoff griff nach der Lehne des Stuhles, weil sie fühlte, daß Schwäche sie übermannte. Ihr summte es in den Ohren, ihre Augen waren unnatürlich lebhaft. Sie hatte sich mit Mut gewappnet, aber ihre Kraft fing an nachzulassen. Groth sah es und trat näher auf sie zu; sie aber hielt ihn zurück.

Mit kalter Ruhe erzählte sie die Geschichte ihres Lebens. Nur zweimal, als sie von ihrem Kinde und von der falschen Auffassung, die ihr Gatte von ihrem Verhältnis zu Feldheim hatte, sprach, rang sie einen Augenblick nach Atem. Ja, ihr Gatte hatte ihn für ihren Geliebten gehalten, und in ihrer Stimme verriet sich, während sie diese Anschuldigung aussprach, mühsam beherrschte Leidenschaft. Ihr Wesen erschreckte Groth in tiefster Seele und er umschlang sie.

Ungläubig starrte sie ihn an und stammelte dann leise: „Sie wollen, Sie können mir also glauben?"

„Glauben?" Groth stieß das Wort laut und dröhnend hervor. „Glauben? Verstehen Sie denn nicht, daß ich Sie liebe?"

* * *

Eine Woche verging, ohne daß Hilde Amann auch nur ein Wort von Feldheim vernommen hatte. Sie beobachtete Anna, hielt sich aber trotzdem nicht viel bei ihr auf. Es war ihr nicht entgangen, daß eine ungeheure Veränderung in dem Wesen ihrer Gastgeberin vorgegangen war. Sie empfand darüber eine gewisse Beunruhigung. Hilde Amann sagte sich, daß dies irgendwie mit Groth im Zusammenhang stehen müsse, und katzenartig schloß sie zwinkernd halb und halb die Augen. Wenn es zwischen Anna und Groth zu irgendeiner Verständigung gekommen war, dann desto besser für sie selbst, sagte sich Hilde. Annas Stellung wurde, so meinte sie, dadurch nur um so unsicherer. Sie hatte früher schon viel zu verlieren gehabt, und jetzt mußte sie dem noch mehr vorbeugen.

Verstohlen fuhr sich Hilde zuweilen mit der Hand an die Brust, an die Stelle, wo sie Feldheims Papier wohlverwahrt trug. Ihre Augen drückten zuweilen Angst und Mitleid aus; bald aber wurden sie wieder hart. Täglich ging sie in Mallows Atelier. Es belustigte und interessierte sie, ihn zu beobachten, während er sie malte, und sie lauschte auch gern seinem angenehmen Geplauder. Es wäre ihr lieb gewesen, zu wissen, wie er über sie denke; sein Wesen aber gab ihr Veranlassung zum Grübeln.

Nach Ablauf einer Woche erhielt sie ein Billett von Feldheim. Es war kurz und sehr bestimmt gehalten:

„Ich bin erst jetzt imstande, wieder aufzustehen. Es ist wichtig, daß ich Sie in einer Angelegenheit von höchster Bedeutung sprechen kann. Werden Sie es ermöglichen, heute zu irgendeiner Stunde zu kommen?"

Hilde Amann las die Botschaft sorgfältig durch, lächelte und zerriß sie dann. Instinktiv griff ihre Hand, während sie die Antwort schrieb, nach dem Papier, das sie an ihrer Brust verborgen trug. In ihren Augen zeigte sich ein schlaues Leuchten. Feldheim würde ängstlich und unruhig geworden sein, wenn er es hätte sehen können.

* * *

Fast zur gleichen Stunde las Ruth eine Botschaft Morbergs. Ihre Augen flogen darüber hinweg; es stieg ihr zuerst das Blut zu Kopf, dann fing sie an zu zittern.

„So bald schon?" flüsterte sie.

Ruth stand ganz still da und nickte vor sich hin. Sie begriff, daß sie an dem Kreuzwege ihres Lebens angelangt war; der Ruf in ein neues Dasein war ihr zugegangen. Was gewesen, das mußte sie alles zurücklassen.

* * *

Während all dieser Tage war Anna Vanoff von so verschiedenartigen Aufregungen gequält, daß ihre Gesundheit Gefahr lief, darunter zusammenzubrechen. Zuweilen durchschauerte sie der Gedanke, daß sie eine Torheit begangen, indem sie ihr Geheimnis verraten, dann wieder kannte ihr Staunen über Groths und Ruths Haltung keine Grenzen und erregte in ihr eine tiefe, leidenschaftliche Dankbarkeit. Die beiden, die sie am meisten geliebt, denen sie um jeden Preis die Wahrheit hatte vorenthalten wollen, kannten diese jetzt in all ihrer Grausamkeit; sie wußten, daß sie gebrandmarkt war, weil sie Jahre hindurch im Gefängnis geweilt, sie wußten, daß die meisten Menschen glaubten, sie sei mit dem Kains-Zeichen behaftet, sie kannten die ganze traurige Geschichte, die sie Jahre hindurch geheimzuhalten bestrebt gewesen war. Keiner von beiden hatte das getan, was sie erwartet und gefürchtet. Sie war auf Mitleid gefaßt gewesen, hatte aber geglaubt, man würde zurückweichen, Ueberraschung und Entsetzen empfinden. Und nichts von alledem hatte sich gezeigt. Sie hatte eintönig und hoffnungslos die Wahrheit erzählt und sowohl Groth wie Ruth hatten ihr bedingungslos geglaubt. Es gab aber noch zwei andere, die die Wahrheit kannten, und diese beiden waren gleichsam eine Drohung gegen das Glück, dessen sie nun hätte teilhaftig werden können.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Magstadt OA. Böblingen, 9. Sept. (Gertrud Ederles Verlobung.) Die erst kürzlich genannte Deutsch-Amerikanerin schwäbischer Abkunft, Gertrud Ederle, die vor fünf Jahren den englischen Kanal durchschwamm, hat sich mit dem Sohn eines wackeren Deutsch-Amerikaners und schwäbischen Landsmannes, Karl Fromm-Neuyork, verlobt. Letzterer ist auch verdientes Mitglied des Cannstatter Volksfestvereins.

Eßlingen, 9. Sept. (Unter den Zug gelegt.) Nachmittags überfuhr der Personenzug Nr. 36 bei dem dem Fußgängerverkehr dienenden Bahnübergang gegenüber der Müllerschen Pressenfabrik eine 33 Jahre alte Schreinersehefrau von Obereßlingen und ihr 5 Jahre altes Kind. Beide wurden sofort getötet. Nach einem hinterlassenen Brief hat die Frau, die anscheinend an seelischen Störungen litt, den Tod mit ihrem Kinde gesucht.

Heidenheim, 9. Sept. (Festnahme.) Eine Abteilung der am Samstag durch die Stadt ziehenden Reichswehrartillerie machte bei Nordheim kurze Marschpause. Während derselben wurden die Soldaten von jüngeren Leuten von hier, die sich auf der Schafweide westlich von Nordheim befanden, durch Singen eines Spottliedes aufs gröblichste beleidigt. Eine kleine Patrouille nahm zu Pferd die Verfolgung auf, konnte drei der Burschen am Hahnenschnabel festnehmen und der Polizei übergeben.

*

Zwist bei der Gemeinschaft der Freunde — Ausscheiden des Gründers aus dem Aufsichtsrat

Zu dem Ausscheiden des Gründers der Bausparkasse der Gemeinschaft der Freunde in Wüstenroth, gemeinnützige G.m.b.H. in Ludwigsburg, Herrn Georg Kropp, aus dem Aufsichtsrat dieses Bausparkassen-Unternehmens wird von der Verwaltung als Ursache angegeben, daß Herr Kropp sich mit den bei der Gemeinschaft der Freunde vor einigen Jahren eingeführten **Zuteilungssystem für Baugelder nicht einverstanden** erklären konnte. Dieses System sah bekanntlich die Zuteilung von Baugelddarlehen nach Errechnung einer Richtzahl vor, wobei die Bausparer mit höheren als vertraglich festgelegten Spareinlagen gegenüber den nur die vertraglich festgelegten Summen Sparenden bevorzugt wurden. Ursprünglich bestand für die Zuteilung nur das System des Gründers, wobei alle Bausparer gleich behandelt wurden und die Zuteilung innerhalb bestimmter Jahresgruppen nur durch das Los bestimmt wurde. Kropp hat auch wiederholt in anderen Dinger interner Art seine Gegnerschaft gegenüber verschiedenen Maßnahmen der Verwaltung zum Ausdruck gebracht. So vertrat er u. a. den Standpunkt, daß es in Stuttgart und Umgebund zahlreiche Objekte gebe, die eine Uebersiedelung des Verwaltungsapparates von Wüstenroth in ein der Größe des Unternehmens entsprechendes **Verwaltungsgebäude** gestatten ließen und daß dazu nicht die bedeutenden Kosten für die Herstellung eines pompösen Neubaues, wie er tatsächlich in Ludwigsburg errichtet worden ist, verausgabt zu werden brauchen, ein Standpunkt, der zweifellos richtig ist. Man hatte bereits vor länger als zwei Jahren Herrn Kropp das Amt des Vorsitzenden des Aufsichtsrates abgenommen und seit dieser Zeit war er nur noch Aufsichtsratsmitglied der Gemeinschaft der Freunde. Für seinen Rücktritt von seinem Vorstandsposten im Aufsichtsrat und auch als Abgeltung für gewisse Gründerrechte erhielt Herr Kropp jährlich eine Rente in Höhe eines oberen Beamtengehaltes.

Handel und Verkehr

Wirtschaft

Der Preisabbau bei Markenartikeln. Die Preisabbaubestrebungen bei Markenartikeln, über die zurzeit täglich im RWR. mit den Interessenten verhandelt wird, haben bereits weitere Erfolge zu verzeichnen. So wurden z. B. die Preise für Knorr-Hartgrießmakkaroni von 85 auf 80 Pfg. und für Eiermakkaroni von 1 Mark auf 96 Pfg. ermäßigt. Ferner wurden die Preise für Imperial-Feigenkaffee und für Andre-Hofer-Feigenkaffee von 40 auf 35 Pfg., für Kook-Bienenhonig 1. Sorte von 2.20 Mark auf 2 Mark, für 2. Sorte von 1.95 Mark auf 1.85 Mark und für 3. Sorte von 1.46 auf 1.35 Mark ermäßigt. Der Preis für Kaffee Haag wurde bereits vor längerer Zeit von 1.90 Mark auf 1.80 Mark ermäßigt. In nächster Zeit ist mit Preisermäßigungen bei einer Reihe weiterer Markenartikel zu rechnen.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 9. September

Zugetrieben: 44 Ochsen, 41 Bullen, 350 Jungbullen, 394 Jungrinder, 266 Kühe, 1355 Kälber, 2232 Schweine, 4 Schafe, 1 Ziege. Unverkauft: 4 Ochsen, 40 Jungbullen, 29 Jungrinder, 6 Kühe, 200 Schweine.

Ochsen: ausgem. 54—57 (unv.), vollfl. 48—52 (unv.).

Bullen: ausgem. 49—52 (unv.), vollfl. 46—48 (unv.), fl. 44—46.

Jungrinder: ausgem. 57—59 (58—61), vollfl. 51—55 (56 bis 56), fl. 48—50.

Kühe: ausgem. 39—46 (40—47), vollfl. 30—38 (31—38), fl. 22—28 (23—29), ger. 18—22 (unv.).

Kälber: feinste Mast- und beste Saugk. 75—77 (76—78), mittl. 69—73 (68—74), ger. 62—67 (64—69).

Schweine: über 300 Pfd. 60—62 (63—65), von 240—300 Pfd. 62—63 (64—66), von 200—240 Pfd. 64—66 (66—68), von 160—200 Pfd. 63—64 (65—67), von 120—160 und unter 120 Pfd. 61—63 (62—64). Verlauf: Großvieh und Kälber mäßig belebt, Schweine langsam, fette vernachlässigt, Ueberstand.

Stuttgarter Großmärkte. Kartoffelgroßmarkt auf dem Leonhardsplatz: Zufuhr: 150 Ztr., Preis 3.40—3.70 Mark. — **Mostobstmarkt auf dem Wilhelmsplatz.** Zufuhr: 300 Ztr., Preis 9.50 bis 10 Mark für einen Zentner.

Pforzheimer Schlachtviehmarkt vom 5. September. Aufgetrieben waren 495 Tiere, und zwar 5 Ochsen, 11 Kühe, 56 Rinder, 25 Farren, 21 Kälber, 377 Schweine. Marktverlauf: mäßig belebt. Ueberstand: 6 Stück Großvieh, 11 Schweine. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. Kl. 55—58, 2. 51—54; Farren 1. 54, 2. und 3. 52—50; Kühe 1. 46, 2. und 3. 42—25; Rinder 1. 58—61, 2. 53—56; Kälber 2. 74—76, 3. 66—71; Schweine 2., 3. und 4. 68—70.

Altensteig, 10. September. (Viehmarkt.) Dem gestrigen Vieh- und Schweinemarkt waren zugeführt: 48 Paar Ochsen, Preis pro Paar 1200—1450 Mk., 12 St. Kalbinnen, Preis pro St. 500—750 Mk., 13 St. Kühe, Preis pro St. 260 bis 500 Mk., 44 St. Jungvieh, Preis pro St. 200—450 Mk., Handel mittelmäßig. — Schweinemarkt: 41 St. Läuferschweine, Preis pro St. 35—67 Mk., 301 Milchschweine, Preis pro Paar 43—70 Mk. Handel lebhaft.

Oeffentliche Wahlversammlung des Württ. Bauern- und Weingärtnerbundes

Im dicht besetzten „Schwanensaal" in Altensteig fand am gestrigen Markttag eine Wahlversammlung des Württ. Bauern- und Weingärtnerbundes statt. Landwirte aus den Oberamtsbezirken Nagold, Calw und Freudenstadt hatten sich eingefunden, um den Vertreter im letzten Reichstag, Gutsbesitzer Dingler-Calw über sein Thema: „Die Bedeutung der Reichstagswahlen für das Landvolk" sprechen zu hören. Zunächst begrüßte der Vertrauensmann des Bezirks, Dürr-Sulz, alle Erschienenen herzlich, gab seiner Freude über die stattliche Versammlung Ausdruck und wies darauf hin, daß es sich in den nächsten Tagen entscheiden solle, wer nun die Zügel der Regierung in die Hand nehme. Vor den Wahlen anerkennen alle Parteien die Notwendigkeit, dem Bauern zu helfen, nachher kümmere sich niemand mehr um sie, wenn sie wieder ihren Sitz im Reichstage haben. Er wies die Bauernjugend darauf hin, daß niemand nationaler sei als sie. Wenn man in diesen Zeiten lau werde, dann sei alles umsonst. Hierauf ergriff Gutsbesitzer Dingler-Calw das Wort zu seinem Vortrag.

Der Redner dankte zunächst für die freundliche Begrüßung, dankte für das zahlreiche Erscheinen und bemerkte, daß er das Interesse an der Wahl begreife, zumal manche vielleicht noch nicht wüßten, wen sie wählen wollen. Auf sein Vortragsthema eingehend, erklärte er zunächst, warum zum Schluß der Reichstag aufgelöst werden mußte, nachdem ein Defizit von 500 Millionen vorhanden und eine Deckung nicht da war. Der Redner betonte, daß es Zeit wäre, daß die Ursachen weg kämen und keine neuen Steuern mehr gemacht würden. Das letzte Kabinett Brüning war sich überzeugt, daß es unmöglich ist, die Wirtschaft weiter zu belasten. Deshalb sei Brüning zu seinem Vorschlag, der in der Notverordnung enthalten ist, gekommen. Den Beamten gehe es noch am Besten, sie haben einen hohen Gehalt, bekämen ihn im Voraus und hätten keine Sorgen, auch für die Zeit nach ihrem Tode nicht, da für ihre Familie gesorgt sei. Deshalb könne man verlangen, daß die Beamten auch ein Notopfer bringen. Seine Partei glaube es dem Bauernstand schuldig zu sein, daß man sich dagegen im Reichstag nicht wehrte. Es sei nicht mehr als billig, daß man bei einem Gehalt von über 8000 Mark einen Prozentsatz abliefere. Wenn man die Ledigensteuer genau betrachte, so könne sie wohl getragen werden. Es habe sich im Reichstag darum gehandelt, ob man sich für dieses, auch von Hindenburg empfohlene Gesetz ausspreche. Seine Partei habe es getan, aber es sei keine Mehrheit hiefür vorhanden gewesen und deshalb habe Brüning den Reichstag heimgeschickt. Hilferding, der uns in der Inflation so reich — man sei ja Billionär geworden — aber auch so bettelarm gemacht habe, sei im Jahr 1928 wieder gekommen in dem von der Sozialdemokratie regierten Kabinett. Er habe uns als Reichsfinanzminister so hineingewirtschaftet, daß nicht mehr weiterzumachen war. So sei das Kabinett Brüning ohne Sozialdemokratie gekommen. Brüning, der wohl Katholik sei, sei ein tapferer, wackerer Mann. Hindenburg habe ihm bei der Kabinettsbildung geholfen, weil er kein sozialdemokratisches Kabinett mehr wollte. Schiele, als Ernährungsminister des Kabinetts, sei ein Mann aus unserem Schlag, zu dem Hindenburg ein außerordentliches Vertrauen habe. Es sei ein Minister aus unseren Reihen in einem Kabinett, das gegen die Sozialdemokratie aufgestellt worden sei. Zwar habe das Kabinett noch einige Schönheitsfehler und befriedige ihn auch nicht ganz, aber damit habe man sich abfinden müssen. Wir Bauern glaubten in diesem Falle, Schiele anzuerkennen und daher haben wir dem Mißtrauen gegen das Kabinett, das die Sozialdemokratie beantragte, nicht zugestimmt. Das Kabinett Brüning habe ja nicht die Schulden gemacht, sondern sie seien vom alten sozialdemokrat. Kabinett gemacht worden. Eine Katastrophenpolitik machen wir nicht mit. Daß wir bei dieser Abstimmung nicht mit den Deutschnationalen gegangen sind, hat den Zusammenstoß mit ihnen gegeben. Im übrigen sei es klar, daß wir noch auf dem gleichen Standpunkt stehen wie früher. Die Schuldenmacherei müsse aufhören. Die Ursachen müssen verschwinden, sonst kann keine Besserung mehr eintreten. Da gehen wir ganz einig mit der Rechten, wie wir überhaupt ganz rechts stehen. Nur durch eine Einigung könne es besser werden. Eine Diktatur würde den Bürgerkrieg bedeuten und die Zeche desselben hätte die Landwirtschaft zu bezahlen. Deshalb können wir eine Katastrophenpolitik nicht mitmachen. Der Redner führte dann aus, daß Helferich heute auf ihrer Seite stehen würde, er sei ein Mann der Tat gewesen, ein Mann der Möglichkeiten. Dadurch, daß der Bauer mit seinem Besitz garantieren mußte, sei es möglich gewesen, die Rentenmark zu schaffen, mit der man habe wieder arbeiten können. Wenn der Staat in Gefahr gewesen sei, sei der Bauer immer gerufen worden. Deshalb müssen auch seine Belange berücksichtigt werden. Der Redner zählte dann die Erfolge im Reichstag für die Landwirtschaft auf. Wenn heute der Zoll auf Weizen mit 15 Mark und der Ausmahlung auf 60 Prozent festgesetzt sei, so sei das ein schöner Erfolg. Bei der Ausmahlung dürfen 60 Prozent Auslandsweizen und es müssen 40 Prozent Inlandsweizen, also nicht mehr beliebig Auslandsweizen verwendet werden. Unser Weizen sei nun im Preise gestiegen, währenddem der Weizen im Ausland gefallen sei. Unser Weizen habe einen Preis wie seit langen Jahren nicht. Nur durch Schiele sei das möglich gewesen. Der Weizenbau bedeute das Rückgrat des deutschen Volkes. Es sei absolut notwendig, daß man die Hauptfrucht in erster Linie schütze. Man müsse auch daran denken, daß durch den gesunkenen Weizenpreis ungeheure Flächen an Grünland angelegt worden seien und dieser Vorgang habe natürlich den Milch- und Butterpreis gedrückt. Auch bezüglich des Fleisches seien gesetzgeberische Erfolge erzielt worden, die eine Besserung in der Fleischproduktion erhoffen lassen, wenn diese Gesetze sich auswirken. Wie wäre es, wenn heute eine uneingeschränkte Einfuhr stattfinden könnte? Deshalb können wir eine Politik „Alles oder Nichts" nicht mitmachen. Der Redner weist dabei auf den Handelsvertrag mit Finnland hin bezüglich der Buttereinfuhr. Es sei nun auch erreicht, daß wir für Milch und Wein einen lückenlosen Zolltarif bekommen. Endlich sei eine Politik getrieben worden, die den Bauern und seine Belange berücksichtigt habe. Auch sei erreicht worden, daß die Rentenbankzinsen aufgehoben worden seien. Daß man noch manches für die Landwirtschaft erreichen wolle, sei natürlich, so z. B. auch Aenderung der sonstigen Handelsverträge; man müsse aber erst den Ablauf der alten Verträge abwarten. Natürlich wollen wir auch haben, führte der Redner weiter aus, daß nicht immer nur vom Sparen gesprochen, sondern auch wirklich gespart wird, damit die Ursachen der Steuern verschwinden. Der Staat könne und dürfe sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß man einfach die Steuerschraube anziehe. Ursache bei den Defiziten ist und bleibe die Arbeitslosenversicherung. Es sei einfach nicht möglich, diese ungeheuren Lasten weiter zu tragen. Die Versicherung müsse abgeändert werden mit Aenderungen, die an die Wurzel gehen, denn es sei unmöglich, so weiter zu machen. Die Einführung eines Arbeitsdienstjahres befürworte er heute noch. Man könne auch den Versuch machen, eine Naturalversorgung vorzunehmen in der Weise, daß die jungen Leute ihr Essen holen müssen, wie die Soldaten es immer getan. Jedenfalls sei eine strenge Kontrolle bei der Arbeitslosenversicherung notwendig und eine andere Regelung bei den Saisonarbeitern. Er stehe aber nicht auf dem Standpunkt, was die Sozialdemokraten einführen wollen, daß Bauernsöhne nichts bekommen sollen. Wenn sie in die Versicherung bezahlen müssen, wollen sie auch etwas, wenn man sie frei lasse davon, dann brauchen sie auch nichts. Der Redner zählte dann aber noch eine Reihe von Punkten auf, wo gespart werden könne. Der Beamtenapparat sei aufgebläht. Es müsse abgebaut werden, auch bei den Amtskörperschaften und ihren Einrichtungen und den Gehältern und da müsse oben angefangen werden. Aber auch bei den Diäten der Abgeordneten. Sie seien dafür, die Ministergehälter abzubauen, dadurch würden die Abgeordneten von selbst weniger bekommen. Schlimm sei, daß der Beamte als Abgeordneter seinen ganzen Gehalt bekomme und noch die Diäten. Die Beamten, die Minister werden, sollen nachher wieder arbeiten und nicht die übermäßigen Pensionen bekommen. Auch sonst könne gespart werden. Es meine heute ein jeder, er müsse Akademiker werden. So werde die akademische Bildung für den Lehrer verlangt. Diese wollten dann aber auch „akademisch" bezahlt werden. Er habe schon gescheite Leute kennen gelernt, die nicht Akademiker waren, aber auch Akademiker, die große Rindvieher seien. Es sei nicht möglich, die Gelder für die Universitäten aufzubringen und die Leute unterzubringen, die studieren. Man sei an der Einführung des 8. Schuljahres und schon werde davon gesprochen, 9 und 10 Schuljahre zu verlangen. Er sei dafür, daß man es belasse, wie es ist. Immer neue Stellen würden geschaffen, neue Gewerbeaufsichtsbeamte, die kontrollieren müssen, daß niemand zu viel arbeite. Um den Bauern kümmere sich niemand, wieviel er arbeite. Auch die Reparationen müssen zurückgehen, der Bauernbund sei weder links noch rechts abgerutscht. Er verlange eine Revision des Youngplans, aber man könne nicht alles auf einmal erzwingen. Man müsse zuwarten. Es komme bei einem Vorgehen jetzt nichts heraus. Bei dieser Wahl handle es sich in erster Linie darum, daß eine Linie hergestellt werde wie in Württemberg und daß die Reichsregierung nicht ohne die Bauern regiere. Das werde nur dadurch möglich, daß wir am 14. September Mann für Mann an die Wahlurne gehen. Es handle sich nicht darum, daß die einzelne Partei christlicher sein wolle, als die andere. Der Bauer sei immer auf christlichem Standpunkt gestanden. Splitterparteien hätten keinen Wert. Die Bauern seien immer offen und ehrlich für die Kirche eingestanden und würden es auch ferner an nichts fehlen lassen. Der Redner beleuchtet noch den Kommunismus und betont, daß es bei diesem Kampf um Haus und Hof gehe und um das Christentum, um die Belange, was wir erreicht haben. Es gelte bei der Wahl, die grüne Front zu stärken. Deshalb Alle auf zur Wahl mit Weib und Kind für unseren Zettel Liste 13 a.

Der Redner erntete reichen Beifall. Nachdem noch Oekonomierat Häcker gesprochen hatte, konnte der Vorsitzende die Versammlung schließen.

Letzte Nachrichten

Fischfang mit Sprengstoffen

Bukarest, 10. September. In der Gemeinde Bojan in der Bukowina verwendeten Bauern beim Fischfang Sprengstoffe, die infolge unrichtiger Handhabung vorzeitig explodierten. Dabei wurden vier Personen getötet.

Protokollarische Vernehmung der „Bratvaag"-Mannschaft

Tromsö, 9. September. Die norwegische Regierung hat auf Anregung der schwedischen Regierung angeordnet, sämtliche Teilnehmer an der Fahrt der „Bratvaag" über die Einzelheiten bei der Auffindung der Reste der Andrée-Expedition protokollarisch zu vernehmen. Dieses Protokoll soll als Grundlage für die wissenschaftliche Bearbeitung der Funde dienen. Auf Ersuchen der Andrée-Kommission finden die Verhandlungen, die morgen beginnen, unter dem Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Eine sechsköpfige Familie bei einem Brande umgekommen

Neapel, 9. September. Eine sechsköpfige Bauernfamilie wurde in einer Hütte, wo sie auf Heu schlief, von einem Brande überrascht und kam in den Flammen ums Leben.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut
Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Mutmaßliches Wetter für Donnerstag

Bei westlicher Luftzufuhr ist für Donnerstag mit wechselnder Bewölkung und einzelnen Regenfällen zu rechnen.

Rundfunk

Donnerstag, 11. Sept.: 6.30 Uhr Morgengymnastik, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 15 Uhr Stunde der Jugend, 16 Uhr Nachmittagskonzert, 17.45 Uhr Zeit, Wetter, Landwirtschaft, 18.05 Uhr Vortrag: Aus Mörikes Bräutigamszeit, 18.35 Uhr Vortrag: „Balzac", 19 Uhr Zeit, 19.05 Uhr Französischer Sprachunterricht, 19.30 Uhr Unterhaltungskonzert, 20 Uhr „Der Geldkomplex", 20.30 Uhr Konzert, 22 Uhr Nachrichten.

Lästiger Schweißgeruch

Bei übermäßiger Schweißabsonderung an Händen, Füßen und in den Achselhöhlen, sowie Geruchsbelästigung, besonders bewährt Leoform-Creme. Tube 1 Mark. In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Vorlagsteine.

Für die Befestigung der Etterstraße in Altensteig ist die Lieferung von

18 000 cbm Vorlagsteine
und 400 cbm Schotter zu vergeben.

Sofortige Angebote frei Bruch und frei Baustelle an:

Württ. Eager & Woerner Straßenbau G. m. b. H.,
Stuttgart, Urbanstr. 38.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Ein aufklärender, einmaliger

Frauen-Vortrag

von dem bekannten Hygieniker und Elektrotherapeuten

Ernst Tadsen

Mitglied des Verbandes für Volksgesundheit und Lebensreform über:

1. Was muß eine Frau von ihrem Körper wissen?
2. Warum verbitterte kranke Jugendjahre?
3. Warum Eheunglück und Not?
4. Kann den Leiden der Wechseljahre im Leben der Frau vorgebeugt werden?
5. Lebenshygiene und Fußleiden. (Sehr wichtig!)
6. Das Problem der annormalen Regel.
7. Warum Angst vor Krebs? u. a. m.

findet am **Donnerstag, den 11. September** abends 8 Uhr im Saale des Gasthofs z. „Goldenen Sternen" statt. **Kein Reklamevortrag.** Hervorragende Presseurteile, Künzelsau, Crailsheim, Schorndorf u. a. m. ausverkaufte Häuser.

Marktausschreiben.

Am **Mittwoch,** den **1. Oktober 1930,** von vormittags 8 Uhr an, findet auf dem Turnhalleplatz in **Herrenberg** der

Herbst-zuchtviehmarkt

des Fleckviehzuchtverbandes für den Sülchgau statt.

Zum Erwerb und Verkauf brauchbaren Zuchtmaterials ist günstige Gelegenheit geboten. Kataloge können von der Tierzuchtinspektion Herrenberg gegen eine Gebühr von 50 Pfennig ab 25. September bezogen werden.

Zugelassen zum Markt sind eingetragene Farren und Rinder von Mitgliedern der Zuchtverbände für den Sülchgau und für das W. Unterland, sofern sie bis **spätestens Samstag, den 20. September** bei der Tierzuchtinspektion Herrenberg angemeldet sind. Für die angemeldeten Tiere ist spätestens beim Auftrieb 1.— R.M. zu bezahlen. Die Anmeldung hat Geschlecht, Geburtstag, Ohrnummer, Name und Nummer des Vaters und der Mutter, sowie den Namen des Züchters und Besitzers des Tieres zu enthalten. Dem Markt geht eine Prämiierung der aufgetriebenen Tiere voraus. **Der Vorsitzende:** Fr. Adlung.

Papier-Därme

empfiehlt die

W. Riekersche Buchhandlung, L. Lauk, Altensteig

Altensteig-Stadt.

Freiwillige Feuerwehr.

Am Sonntag früh den 14. Sept. rückt die

3. Kompanie zur Uebung aus.

Antreten präzis 1/2 8 Uhr.

Unentschuldigtes Ausbleiben oder ungenügende Entschuldigung wird bestraft.

Den 10. Sept. 1930.

Das Kommando.

LUGER

Das Lebensmittelhaus am Marktplatz empfiehlt:

süße, blaue **Trauben** Pfund **38** ₰
2 Pfund 75 ₰
bei Gitterbr. f. n. Pfd. 32 ₰

goldgelbe **Bananen** Pfd. **55** ₰

Neues Delikateß-Sauerkraut Pfd. **12** ₰

Wahlversammlung.

Am **Donnerstag,** den **11. September,** abends 1/2 9 Uhr im Gasthof zum „Grünen Baum"

Redner: Postinspektor Hartmann M. d. L.

Hiezu ist jedermann eingeladen.

Deutsche Staatspartei. Deutsche Volkspartei.

Ortsgruppen Altensteig.

Mädchengesuch.

Fleißiges Mädchen für Metzgerei u. Wirtschaft auf 1. Okt. **gesucht.** Demselben ist Gelegenheit geboten im Kochen u. Servieren sich auszubilden.

Wo? sagt die Geschäftsst. d. Bl.

Briefhüllen

liefert rasch und billig die

W. Rieker'sche Buchdruckerei Altensteig

Altensteig.

Danksagung.

Für die uns erwiesene Liebe und Teilnahme, die wir während der langen Krankheit und beim Heimgang unserer lieben Mutter und Großmutter

Friederike Welker

Hebamme a. D.

erfahren durften, insbesonders für die tröstenden Worte des Herrn Stadtpfarrer Horlacher, für den erhebenden Gesang des Mädchenchors unter Leitung von Herrn Hauptlehrer Duppel, sowie die liebevolle Pflege seitens des Städt. Krankenhauses sagen herzlichen Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Die neuen

Kleidersamte

finden Sie in reicher Auswahl billigst bei

Chr. Krauss.

Kalender für 1931

in großer Auswahl

sind zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlg., Altensteig

Nationale Volksgemeinschaft

Kaum je einmal war der Ausfall einer Reichstagswahl so außergewöhnlich ernst und wichtig wie diesmal. Noch nie aber stand ein großer Teil der Wählerinnen und Wähler so unentschlossen vor der Frage, welcher von den vielen Parteien, die trotz aller Notwendigkeit der Sammlung wieder sehr zersplittert sind, er seine Stimme geben soll.

Es gibt aber nur **einen** Weg nach 10jähriger Mißwirtschaft der marxistischen sozialistischen Regierung, die uns an den Rand des Absturzes geführt hat, nämlich beim diesmaligen Wahlgang seine Stimme nur einem rechtsstehenden Kandidaten zu geben. Aber welcher der rechtsstehenden Parteien soll man sich anschließen? Wenn man Hugenberg's Programm liest, möchte man sagen, daß gar nichts dagegen einzuwenden sei. Aber leider steht dieser Mann mit seiner Partei auf einem Standpunkt, den viele **echtnationale** Wähler nicht gutheißen können, weil man bei den heutigen Parteikonstellationen Opportunist sein sollte, d. h. daß man das Mögliche zu erreichen suchen muß, um die Verhältnisse nach und nach umzugestalten.

Das haben vor der Reichstagsauflösung viele ganz hervorragende und tüchtige Männer begriffen und sich von ihrem Führer Hugenberg losgesagt. Daß dieser in Gemeinschaft mit Kommunisten und Marxisten die Hand zur Auflösung des Reichstags geboten hat, gerade in einer Zeit, in der sich die sichere Aussicht bot, eine bürgerliche Regierung zu bekommen, kann man geradezu als ein Unglück für unser Vaterland bezeichnen. Und deshalb sind viele Nationale speziell auch süddeutsche Wähler von der deutschnationalen Partei abgerückt.

Nun sprach man von einer Sammlung der Mitte. Die „Staatspartei", in welche die deutschdemokratische Partei schleunigst umgetauft wurde, und die bisher gleichbedeutend mit der sozialistischen Partei war, konnte es natürlich nicht über sich bringen, sich dem Programm der rechtsstehenden Parteien anzuschließen und mit diesen eine Wahlverbindung einzugehen. Nur in Württemberg und Baden kam es zu einer Verständigung mit der Deutschen Volkspartei. Es ist aber mehr als wahrscheinlich, daß die Letztere dabei eine große Enttäuschung erleben wird.

Als die Partei der Mitte kann die Staatspartei oder Deutsch-Demokratische Partei nach den bisherigen Erfahrungen unmöglich angesprochen werden und wer ihr die Stimme gibt, wählt ebensogut **marxistisch.**

So bleibt für die Wählerinnen und Wähler, denen daran gelegen ist, daß wir wieder in bessere Verhältnisse kommen, daß der Wegsteuerung unserer Vermögenssubstanz Einhalt geboten wird, daß die Arbeitslosigkeit aufhört und größte Sparsamkeit auf allen Gebieten zur Durchführung kommt, nur ein Weg, ihre Stimme einem **rechtsstehenden** Kandidaten zu geben.

Wir haben oben ausgeführt, warum wir uns der Partei Hugenberg vorerst nicht anschließen können. Die Partei Westarp, mit dem für Württemberg aufgestellten Kandidaten Bazille erachten wir daher für die einzig richtige und bitten alle, die sich uns anzuschließen vermögen, und wir glauben, daß es nach reiflicher Ueberlegung, sehr viele sein werden, am Wahltag ihre Stimme für die

Liste 13b

abzugeben.

Da wir größtes Interesse an einem gesunden Bauernstand haben, hat der Bauer Geld, hat alles Geld, sind wir mit dem Bauernbund in Listengemeinschaft.

Verzicht auf Ausübung des Wahlrechts ist gewiß das untauglichste Mittel, um der Entrüstung und Unfruchtbarkeit unseres Parlamentarismusses Ausdruck zu geben. Es handelt sich diesmal effektiv um die Existenz vieler Millionen. Auch unsere Jugend muß sich genau überlegen, was sie tun will. Die nationalsozialistische Arbeiterpartei ist noch ein unbeschriebenes Blatt und bewegt sich in Extremen, deren Verwirklichung unmöglich sein dürfte. Bleibe niemand der Wahlurne fern.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw